



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Imberg, Kurt Ed.: Die Vereinigten Staaten von Amerika und Japan

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Die Vereinigten Staaten von Amerika und Japan

Von Dr. jur. Kurt Ed. Imberg



Das Eingreifen Japans in den Weltkrieg, die Eroberung Kiautschaus und die Besetzung deutscher Kolonien in der Südsee durch japanische Truppen haben die amerikanisch-japanische Frage in ein neues Stadium gebracht.

Seit etwa sechzehn Jahren taucht dieses Problem: wie werden die Vereinigten Staaten und das Land der aufgehenden Sonne die zwischen ihnen bestehenden, bald mehr, bald weniger akut werdenden Streitfragen lösen, immer wieder auf, ohne jedoch bisher eine auch nur einigermaßen befriedigende Lösung gefunden zu haben.

Die Jahre 1898/99 kann man wohl als Wendepunkt in den bis dahin stets guten und freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Japan ansehen. Die Angliederung von Hawaii, auf das die Japaner zweifellos ihr Augenmerk gerichtet hatten, die mit der Besetzung der Philippinen beginnende Gründung eines amerikanischen Kolonialbesitzes und Festsetzung in den asiatischen Gewässern konnten nicht ohne Einfluß auf die Haltung Japans den Vereinigten Staaten gegenüber bleiben.

Zur gleichen Zeit etwa vollzieht sich aber auch der Umschwung im Reiche des Mikado; es ist die Zeit des Eintritts Japans in die Zahl der Weltmächte, die Anerkennung des japanischen Staates als gleichberechtigtes Mitglied durch die europäischen Großmächte und die Vereinigten Staaten von Amerika, die Geburtsstunde des japanischen Imperialismus. Es ist die Zeit nach dem glücklich beendeten Kriege gegen das chinesische Millionenreich, der den Japanern den Besitz von Formosa gab, wodurch auch Japan den ersten Schritt zur Gründung eines Kolonialgebietes tat. Japan und die Vereinigten Staaten wurden Nachbarn im südchinesischen Meere. Bald nach dem Kriege von 1894/95 beginnt denn auch der wirtschaftliche Aufschwung des japanischen Inselreiches, die Ausdehnung seines Handels und das Erwachen seiner Industrie. Die

unausbleibliche Folge dieses Aufschwunges ist die Entstehung von zahlreichen Reibungsflächen japanischer und amerikanischer Interessen auf dem chinesischen Weltmarkte.

Wir wollen im folgenden nur die wesentlichsten Punkte der amerikanisch-japanischen Frage kurz berühren, wohl wissend, daß eine auch nur annähernd vollständige Darstellung dieses Problems weit über den Rahmen hinausgehen würde, der uns hier gesteckt ist. Wir wollen uns darauf beschränken, die amerikanischen Interessen in China und die Einwanderungsfrage etwas näher zu beleuchten, die die wichtigsten Faktoren jenes oft bestrittenen, aber zweifellos bestehenden Problems sind: des Kampfes um die Herrschaft im Stillen Ozean zwischen der weißen und der gelben Rasse.

### I.

„Ein geeinigtes China, sich stark entwickelnd, Herr in seinem eigenen Lande, welches es dem Handel aller Nationen der Welt in gleichem Maße offen hält.“ Mit diesen Worten kennzeichnet der jetzige Gesandte der Vereinigten Staaten von Amerika in Peking, Professor Reinsch\*), einer der besten Kenner der amerikanischen Politik und diplomatischen Geschichte der Union, die Politik, die die Vereinigten Staaten stets dem Reiche der Mitte gegenüber beobachtet haben, die sie auch heute der jungen Republik China gegenüber vertreten.

Bereits kurze Zeit nach der Abtretung Kaliforniens an die Union im Frieden von Guadeloupe Hidalgo (1848) finden wir die ersten Anzeichen für das Streben der Vereinigten Staaten, einen Einfluß in Australien zu erlangen und an der Erschließung des chinesischen Reiches teilzunehmen. Schon damals erkannten die amerikanischen Staatsmänner, daß der Stille Ozean dereinst eine große Rolle auf dem Welttheater spielen werde, und aus dieser Erkenntnis entsprang der Wunsch, daß auch die Vereinigten Staaten ostasiatische Politik treiben, daß auch sie sich auf den neuererschlossenen Gebieten des Weltmarktes im Fernen Osten betätigen sollten.

So sicherten sich die Vereinigten Staaten in ihrem Vertrage mit China 1844 durch die Einfügung der sogenannten Meistbegünstigungsklausel die Vorteile, die England und Frankreich kurz vorher durch den Opiumkrieg (1840 bis 1842) errungen hatten. Die Folge dieses Vertrages war ein rasches Aufblühen des amerikanischen Handels mit China und die Begründung zahlreicher amerikanischer Handelshäuser in den Vertragshäfen im Reiche der Mitte. Wenn auch der Handel zwischen der Union und China einigen nicht unbedeutenden Schwankungen ausgesetzt war, die auf die politischen Zustände in den beiden Ländern zurückzuführen sind, so zeigt doch die Skala des amerikanisch-chinesischen

\*) Reinsch: „Die Vereinigten Staaten und der Ferne Osten (in der Zeitschrift für Politik, 1913) Seite 200.

Warenaustausches eine stets steigende Tendenz. So betrug der amerikanische Handel mit China:

	im Jahre 1888	etwa	21 000 000	Dollar
"	"	1898	"	30 000 000
"	"	1908	"	48 000 000

Nach den chinesischen Berichten, die bis jetzt allein vorliegen, betrug der Gesamthandel zwischen den Vereinigten Staaten und China im Jahre 1913 etwa 73 Millionen Taels, das heißt etwa 37 Millionen Dollar, und zwar zeigt die Handelsbilanz in diesem Jahre zum ersten Male seit 1902 wieder ein Überwiegen der chinesischen Einfuhr in die Union um etwa 1 Million Taels\*). Es ist dies allerdings ein nicht unbeträchtlicher Rückgang gegen 1908; aber gegenüber den vorhergehenden Jahren, die ein tiefes Sinken der Handelsbilanz gebracht hatten, wieder eine, wenn auch nur kleine Steigerung des Warenaustausches.

Diese immer wachsende Bedeutung der Chinesen als Kunden und Lieferanten der Vereinigten Staaten, die in Zukunft bei einer rationellen Ausbeutung der reichen Bodenschätze Chinas zweifellos noch zunehmen wird, zwang die Amerikaner, ein wachsames Auge auf die Entwicklung der Dinge im Fernen Osten zu haben und sich besonders darüber klar zu werden, welchen Einfluß eine etwaige Zerstückelung des chinesischen Reiches auf die amerikanisch-chinesischen Beziehungen ausüben mußte. Denn offenbar mußte eine allmähliche Aufteilung Chinas an die hieran interessierten europäischen Mächte und Japan eine starke Zurückdrängung, wenn nicht gar die Vernichtung des amerikanischen Handels mit China zur Folge haben. Aus diesem Gesichtspunkte erklärt sich die strikte Durchführung der Grundsätze der „Offenen Tür“ im Reich der Mitte und der Integrität des chinesischen Gebietes, die sich wie ein roter Faden durch die ostasiatische Politik der Vereinigten Staaten zieht. Von diesen beiden Grundsätzen ist die Aufrechterhaltung der Integrität der chinesischen Republik das zweifellos wichtigere Problem\*\*); denn es ist klar, daß der Grundsatz der „Offenen Tür“ nur in diesem Falle wirklich bestehen kann, wie das Schicksal zahlreicher anderer Länder in der Weltgeschichte lehrt, während er bei einer Aufteilung in Interessensphären zur leeren Phrase wird.

Die Geschichte der ostasiatischen Politik der Vereinigten Staaten in den letzten Jahrzehnten zeigt immer wieder deutlich das Eintreten der Union zugunsten Chinas, das Bestreben, alles zu vermeiden, was zu einer Verletzung der territorialen Integrität dieses Landes führen könnte, in der klaren Erkenntnis, daß mit dem Einrücken der Union in die Stellung einer Macht am Stillen Ozean die Integrität Chinas für sie von größter Wichtigkeit geworden ist\*\*\*).

\*) Trade Reports for 1913, Part I herausgegeben von der chinesischen Regierung.

\*\*\*) Vergleiche Millard (bei Blakeslee a. a. O.): The need of a distinctive American policy in China, Seite 84.

\*\*\*\*) Vergleiche Foord: America's Trade Relations with China (in Blakeslee: China and the Far East, 1910) S. 111.

Als Beweise für diese Politik mögen hier nur das sogenannte Hay-Agreement vom Jahre 1899 erwähnt werden, eine internationale Vereinbarung, in der die Grundsätze der Integrität Chinas und der „Offenen Tür“ in diesem Lande festgelegt wurden, und ferner die Note des Staatssekretärs Hay vom 3. Juli 1900\*) während des Boxeraufstandes, in welcher die amerikanische Regierung darauf hinwies, daß für die Wirren in China eine Lösung gefunden werden müsse, „die die territoriale und administrative Einheit Chinas beachtet“, und die „den Grundsatz eines gleichen und unparteiischen Handels mit allen Teilen des chinesischen Reiches schützt\*\*).“ Weiter sei auf das Eintreten der Vereinigten Staaten für die Auferlegung einer nicht allzu hohen Kriegsschädigung im Jahre 1901 hingewiesen, da man mit Recht in Amerika eine aus einer hohen Kriegsschädigung notwendigerweise folgende finanzielle Abhängigkeit des militärisch schwachen Chinas als eine Gefahr für seine territoriale Integrität erkannte\*\*\*), und schließlich auf den an Rußland und China gerichteten amerikanischen Protest gegen den beabsichtigten Kauf der Mandschurei durch Rußland, bei welcher Gelegenheit die amerikanische Regierung erklärte, daß „jegliche Vereinbarung, durch die China einer Korporation oder Gesellschaft das ausschließliche Recht oder ein Privileg zur Ausbeutung von Minen, zum Bau von Eisenbahnen oder zu irgendeiner sonstigen industriellen Unternehmung in der Mandschurei verleiht, von der Regierung der Vereinigten Staaten höchst ungern gesehen werden würde†).“ Denn ein solches Vorgehen Rußlands würde den anderen Mächten zu gleichen Schritten Veranlassung geben, und die unausbleibliche Folge davon würde „der vollständige Zusammenbruch der Politik einer absolut gleichen Behandlung aller Nationen bezüglich des Handels und der Schifffahrt“ sein††).

Bei der Durchführung des Grundsatzes der territorialen Integrität Chinas kommen die Vereinigten Staaten von Amerika mit gewissen anderen Mächten in Gegensatz, die in einem allzu starken China eine Bedrohung ihrer „Interessen“

\*) Vergleiche hierzu Näheres bei Reinsch: a. a. O., Seite 186 ff.

\*\*\*) Vergleiche Foord: a. a. O., Seite 113.

\*\*\*\*) Im Jahre 1909 zahlten die U. S. A. 12 000 000 Dollar, das heißt über die Hälfte ihres vertragsmäßigen Anspruchs auf Schadenersatz an China zurück, „weil alle Kosten und alle gerechtfertigten Ansprüche einzelner gedeckt worden waren und man es einfach für recht und billig hielt, China den Überschuß zurückzuerstatten, so wie es von einem Bankier erwartet wird.“ Vergleiche Reinsch: a. a. O., Seite 188. — Ob dies wirklich der einzige Grund für die Rückzahlung gewesen ist? Es würde jedenfalls von einer in der Politik seltenen Ehrlichkeit und Selbstlosigkeit zeugen!

†) Vergleiche das Memorandum Hays vom 1. März 1901 und die Note an Rußland und China vom 1. Februar 1902.

††) Man könnte als weitere Beispiele für diese Politik der Vereinigten Staaten auch noch erwähnen: die erfolgreichen Bemühungen der Regierung von Washington für die Begrenzung des Kriegsschauplatzes im Jahre 1904 und das Eintreten des Präsidenten Roosevelt im Frieden von Portsmouth zugunsten Chinas. Vergleiche Willard: a. a. O., Seite 88.

sehen. Unter diesen steht neben Rußland in erster Linie das erst kürzlich zur Weltmacht entwickelte Japan. Eine Zeitlang hatten die Vereinigten Staaten und Japan die gleichen Interessen in China; beide Staaten waren an der Integrität des Reiches interessiert. Dies änderte sich mit dem siegreichen Kriege der Japaner gegen Rußland, und Japans Verhalten China gegenüber erregt mit Recht immer mehr Besorgnis in der Union vor dem weiteren Vordringen der gelben Weltmacht\*).

Die Erfolge des kleinen Inselreiches im Kriege gegen den russischen Kolosß gaben dem japanischen Imperialismus neuen Boden und die seit langem ersehnte Möglichkeit, die regste Tätigkeit in China zu entfalten, befeelt von dem Wunsche, ganz China dem japanischen Einflusse zu unterwerfen. Die Ursache, um derentwillen man den Krieg gegen Rußland begonnen hatte, der Schutz der von Rußland bedrohten Integrität Koreas und Chinas, hatte man nach der siegreichen Beendigung des Krieges vergessen. Korea kam unter japanischen Schutz, bald darauf unter japanische Verwaltung (1907) und wurde schließlich (1910) zur japanischen Provinz erklärt. Somit sah Japan seinen im Laufe der Jahrhunderte des öfteren vergeblich wiederholten Versuch, sich auf dem asiatischen Festlande festzusetzen, endlich gelungen. Es ist der erste Schritt zur Gründung einer japanischen kontinentalen Macht.

In den folgenden Jahren haben die Japaner systematisch an der weiteren Ausarbeitung ihrer Festlandsstellung gearbeitet, indem sie mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln eine Erstarkung des aus seinem jahrhundertelangen Schlafe erwachenden Chinas zu verhindern und die begonnene Reformarbeit durch Anzettelung und Unterstützung von Revolutionen und Unruhen zu stören suchten. Denn nur bei einem schwachen China können die japanischen Pläne Erfolg haben\*\*).

Diesen Plänen dient auch die Teilnahme Japans am Weltkriege gegen Deutschland und sein Raubzug gegen das deutsche Pachtgebiet Kiautschau. Allerdings hat Japan zu Beginn des Krieges erklärt, es wolle „eventuell“ Kiautschau an China zurückgeben, aber heute glaubt wohl niemand mehr an diese „Eventualität“, im Gegenteil ist sogar anzunehmen, daß Japan sich auch in der chinesischen Provinz Schantung, einer der reichsten und schönsten Provinzen der Republik, dauernd festsetzen wird. Wenigstens läßt die angeblich „vorübergehende“ Besetzung der Tsinansu—Weisien-Bahn einen solchen Schluß als außerordentlich naheliegend erscheinen\*\*\*).

Damit wäre aber der Anfang einer Aufteilung des chinesischen Reiches gemacht und weitere Abbröckelungen wären unvermeidlich. Die Folge der

\*) Vergleiche Coolidge: „Die Vereinigten Staaten als Weltmacht,“ Seite 351 ff. — Willard: a. a. O., Seite 89.

\*\*\*) Vergleiche Niegelsberger: „Japan und Deutschland, ihre kulturellen und politischen Beziehungen und die japanische Gefahr für China, Amerika und Europa, 1914, Seite 32 ff.

\*\*\*\*) Vergleiche hierzu von Brandt: China und Japan, 1914, Seite 44.

Aufteilung würde aber die allmähliche Monopolisierung des Handels durch die aufteilenden Mächte sein: auch der amerikanische Handel wird dann im Laufe der Zeit vom chinesischen Markte verdrängt werden. Die Vereinigten Staaten sind deshalb ebenso wie Deutschland an einer Erhaltung der territorialen Integrität Chinas und an seiner militärischen und nationalen Erstarbung lebhaft interessiert, und beide Staaten müssen ein weiteres Vordringen der Japaner auf dem asiatischen Festlande auf Kosten Chinas unbedingt verhindern, wollen sie nicht auf ihren ostasiatischen Handel und auf ihre Mitwirkung bei der Regelung der ostasiatischen Frage verzichten\*).

Die neuesten Ereignisse im Fernen Osten haben dies bestätigt. Die von Japan an China in der Note vom 28. Januar 1915 gestellten Forderungen lassen klar und deutlich die Endziele der japanischen imperialistischen Politik erkennen. Noch sind die Verhandlungen nicht abgeschlossen, und es läßt sich noch nicht überblicken, inwieweit Japan sich — durch den Einfluß anderer in China interessierter Mächte — bestimmen läßt, seine für China unannehmbaren Forderungen zu mäßigen.

Versucht Japan — und wir zweifeln nicht, daß es diesen Versuch machen wird — weitere chinesische Länder seinem Gebiete einzuverleiben, so wird es bald mit den Interessen der Vereinigten Staaten in Gegensatz geraten, der zunächst mit den Waffen des Handels auf dem asiatischen Weltmarkte ausgefochten werden wird, der aber leicht zu einem politischen Konflikte auswachsen kann und — wie die Weltgeschichte bisher immer bewiesen — auswachsen wird.

## II.

Von weit größerer Bedeutung ist das Problem der japanischen Einwanderung nach den Vereinigten Staaten von Amerika\*\*). Durch beiderseitiges Nachgeben und durch Verträge scheint diese Frage zwar für den Augenblick geregelt zu sein. Aber eben nur für den Augenblick. Bald wird sie von neuem auftauchen, und dann wahrscheinlich mit größerer Heftigkeit und Schärfe.

Von einer japanischen Einwanderung nach den Vereinigten Staaten in größerem Umfange kann man eigentlich erst seit dem Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts sprechen. Waren auch schon früher japanische Arbeiter, besonders für die Obstplantagen, nach dem amerikanischen Kontinent gekommen, so ging doch in den achtziger und neunziger Jahren der Hauptstrom der japanischen Auswanderer nach Hawaii\*\*\*), wo sie anfangs als Gegengewicht gegen die wenig

\*) Vergleiche Niegelsberger: a. a. O., Seite 35.

\*\*) Vergleiche zu dieser Frage den Aufsatz von Dr. Friedrich A. Wynaeten: „Die gelbe Gefahr in Kalifornien“ in den „Grenzboten“, 1913, Seite 309 ff.

\*\*\*) Die ersten japanischen Einwanderer kamen 1868 nach Hawaii. Der größte Teil wanderte jedoch wieder zurück, so daß 1882 nur noch 15 Japaner auf Hawaii waren. Von da ab nimmt die japanische Einwanderung einen immer größeren, schließlich bis in die Zehntausende steigenden Umfang an, der erst infolge der amerikanischen Einwanderungsgesetzgebung im Jahre 1907 zum Stehen gebracht wurde.

geschätzten chinesischen Kulis sehr willkommen waren. Die rasch anwachsende Zahl der japanischen Bevölkerung auf Hawaii erregte bald die Aufmerksamkeit der amerikanischen Staatsmänner und zweifellos ist die Besorgnis vor einer Japanisierung dieser Inselgruppe ein Grund gewesen, der bei der Annexion von Hawaii durch die Vereinigten Staaten im Juli 1898 in bedeutendem Maße mitgesprochen hat\*).

Erst nach der Annexion von Hawaii beginnt die Zeit der Masseneinwanderung von Japanern nach dem amerikanischen Festlande, die sich zunächst fast ausschließlich nach Kalifornien wendete, wo die Japaner — das kann wohl kaum geleugnet werden — hervorragenden Anteil an der Entwicklung des in der ganzen Welt bekannten kalifornischen Obst- und Gemüsebaus gehabt haben.

Als bald nahm diese Einwanderung einen ungeahnten, in den Weststaaten der Union wenig erwünschten Umfang an. Die Einwanderungsstatistik für die Jahre 1901 bis 1906 ergab eine Einwanderung von 79 000 Japanern, die teils direkt von den japanischen Inseln, größtenteils aber auf dem Umwege über Hawaii nach den Vereinigten Staaten kamen. Im Jahre 1906/07 stieg die Zahl der japanischen Einwanderer sogar auf 30 824\*\*).

Diese immer stärkere Einwanderung des japanischen Elements und die sich aus ihr ergebenden sozialen und wirtschaftlichen Folgen erregten immer mehr die Besorgnis der Weißen in Kalifornien vor einer Überschwemmung der Pazifik-Küste durch die gelbe Rasse. Im Jahre 1906 kam die Asienfrage schließlich ins Rollen. Mag auch dem bekannten Schulstreit in San Francisco von mancher amerikanischen Seite jegliche Bedeutung abgesprochen werden\*\*\*), er ist doch der erste Ausbruch des immer stärker werdenden Rassegefühls im Westen der Vereinigten Staaten und damit des Gegensatzes gegen die gelben Eindringlinge. Zwar wurde der Schulstreit bald beigelegt; die Vereinigten Staaten gaben den Protesten der japanischen Regierung gegenüber klein bei, und Präsident Roosevelt erklärte in seiner Botschaft vom 4. Dezember 1906 die Haltung der kalifornischen Behörden in dieser Frage für den Verträgen zwischen der Union und Japan widersprechend. Aber an eine endgültige Beilegung der japanischen Frage war nicht im entferntesten zu denken.

Die gesetzgebenden Körperschaften gaben dem Drängen der Weststaaten in Washington schließlich nach, und das Gesetz vom März 1907 brachte eine bedeutende Einschränkung der Einwanderung gelber Arbeiter. Durch gleichzeitige

\*) Vergleiche Coolidge: a. a. O., Seite 333.

\*\*\*) Vergleiche Rathgen: „Die Japaner in der Weltwirtschaft,“ Seite 126.

\*\*\*\*) Vergleiche zum Beispiel Starr Jordan: „Relations of Japan and the United States“ (bei Wakeslee, a. a. O.) Seite 6. — Wenn Meinsch a. a. O. Seite 191 meint, daß weder für die U. S. A. noch für Japan eine Frage vorlag, deren Wichtigkeit einen Krieg möglich gemacht haben könnte, so können wir ihm darin allerdings beistimmen. Darum ist aber diese Frage nicht weniger bedeutsam und wichtig für die Beurteilung der ganzen amerikanischen-japanischen Frage.

diplomatische Unterhandlungen zwischen Washington und Tokio wurde erreicht, daß die japanische Regierung — wenn auch nur widerwillig — sich bereit erklärte, das Übrige zur Regelung der Asienfrage beizutragen und die Abwanderung japanischer Arbeiter nach den Vereinigten Staaten nach Möglichkeit zu unterbinden. Die Folge dieser Maßnahmen war ein starkes Sinken der japanischen Einwanderungsziffer in den folgenden Jahren. Im Jahre 1909 sank die Zahl der eingewanderten Japaner von 16418 im Vorjahre auf 3275. Seit 1911 ist aber wieder ein langsames Steigen der Einwanderungsziffer bemerkbar, und nach den neuesten vorliegenden offiziellen Berichten betrug die Zahl der japanischen Einwanderer im Jahre 1913 schon wieder 8302\*).

Gleichzeitig wuchs aber auch die anti-japanische Bewegung in Kalifornien, die trotz der friedlichen Beilegung des Konflikts im Jahre 1906 nicht verschwunden war. Dies trat deutlich in dem mit seltener Einstimmigkeit von den gesetzgebenden Körperschaften Kaliforniens angenommenen Gesetz von 1913 zutage, welches allen Ausländern, die nicht die amerikanische Staatsangehörigkeit erlangen können, den Erwerb und die Übertragung von Grund und Boden im Staate Kalifornien verbietet\*\*).

Trotz der persönlichen Bemühungen des Präsidenten Wilson, diesen neuen Konfliktstoff zu beseitigen, ist eine Lösung dieser Landfrage noch nicht geglückt. Daß dieses Gesetz sich in erster Linie gegen Japan richtet, geht aus seiner Fassung deutlich hervor und ist auch von den Japanern in diesem Sinne aufgefaßt worden\*\*\*). Wenn sich auch nur ein Prozent von allem bebauten Boden von Kalifornien in japanischen Händen befindet, so läßt doch das Anwachsen des japanischen Besitzes in Kalifornien von etwa 14000 Acres im Jahre 1907

\*) Vergleiche hierzu die Tabelle der japanischen Einwanderung im „Immigration Bulletin for March 1914“ (U. S. Departement of Labor):

1907 . . . . .	30824
1908 . . . . .	16418
1909 . . . . .	3275
1910 . . . . .	2798
1911 . . . . .	4575
1912 . . . . .	6172
1913 . . . . .	8302

Hierbei sind aber nur die mit Regierungspässen versehenen Einwanderer gezählt, während zweifellos zahlreiche Arbeiter ohne den erforderlichen Paß über Kanada und Mexiko in die Union gelangen.

Ein gleiches Anwachsen macht sich bei der chinesischen Einwanderung bemerkbar, die im Jahre 1907 bis auf 770 gefallen war. Im Jahre 1913 betrug die Einwanderung bereits wieder 2022 Chinesen.

\*\*) Bekanntlich können nach der Verfassung der U. S. A. nur Weiße, Schwarze und Noto das amerikanische Bürgerrecht erwerben.

\*\*\*) Vergleiche Iyenaga: „The relations of the United States with China and Japan“ (in „The Annals of the American Academy of Political and Social Science“, Juli 1914) Seite 257.

auf 26571 Acres im Jahre 1912\*) auf ein rasches Steigen dieses Prozentsatzes schließen, wenn dem weiteren Erwerb von Grund und Boden durch die sparsamen und fleißigen Japaner nicht entgegengetreten wird.

Welches sind nun die Gründe für diese Abneigung der Amerikaner gegen die japanische Einwanderung?

Zweifellos spricht auch bei dieser Abneigung gegen die Einwanderung ein wirtschaftlicher Faktor mit\*\*); er ist aber keineswegs der maßgebende wie in der oben behandelten Frage bezüglich der Integrität Chinas und der „Offenen Tür“ im Fernen Osten. Der Fleiß der japanischen Einwanderer, ihre Sparsamkeit und die Genügsamkeit in ihren Lebensbedingungen, die hieraus sich ergebende Möglichkeit, für weit geringeren Lohn zu arbeiten, als dies der weiße Arbeiter zu tun imstande ist, alle diese Faktoren mögen zur Verstärkung und Vertiefung des Hasses gegen die gelben Einwanderer beigetragen haben, der Hauptgrund, der auch wirksam bliebe, wenn alle sonstigen wirtschaftlichen und sozialen Gegensätze fortfielen, ist die in den Nordamerikanern tief eingewurzelte Abneigung gegen die farbigen Rassen. Es wird wohl heute von niemandem mehr bestritten werden können, „daß es nicht sowohl Vernunftgründe sind, die den Japanerhaß in Nordamerika erzeugt haben, als ein in den Tiefen des Gefühls verankerter, unbelehrbarer, schwer zähmbarer Rassenhaß“\*\*\*).

Dieser Haß hat seinen Hauptgrund in der Assimilationsunfähigkeit der gelben Rasse. Während sich die Einwanderer aus Europa mehr oder weniger schnell assimilieren und in der amerikanischen Volksmenge aufgehen, scheint eine Assimilation der Asiaten mit den Weißen in Nordamerika unmöglich. Der gelbe Einwanderer, und insbesondere der Japaner, wird stets seinen Nationalcharakter und die ihm von Kindheit an eingespinnenen Traditionen beibehalten, und er wird aus diesem Grunde immer einen fremden Bestandteil in der Bevölkerung bilden.

Selbstverständlich ist dieser Haß dort am stärksten, wo man am meisten mit der gelben Rasse zu tun hat, das heißt im Westen der Union, und von hier aus werden alle Hebel in Bewegung gesetzt, um die Bundesregierung zu einer endgültigen Regelung der Asiatenfrage zu veranlassen, das heißt zu einem wirksamen und vollständigen Ausschluß der gelben Rasse. Denn nur hiermit glaubt der Weststaatler sich zufrieden geben zu können, da in seinen Augen die japanischen Einwanderer „eine immer drohende Gefahr“ für die weiße Bevölkerung in den Weststaaten sind, mögen sie nun in großen Massen hinüberkommen oder nur einzeln und in geringer Anzahl †). Für weniger drohend wird

\*) Vergleiche Schulze-Großborstell: „Die Japanerfrage in den Vereinigten Staaten von Nordamerika.“

\*\*\*) Rathgen, a. a. O., scheint dem wirtschaftlichen Faktor eine allzugroße Bedeutung beizumessen, wenn er (Seite 125) die wirtschaftlichen Gegensätze als den „tatsächlichen Untergrund“ für die antijapanischen Stimmungen in der pazifischen Welthälfte bezeichnet.

\*\*\*\*) Vergleiche Schulze-Großborstell, a. a. O., Coolidge, a. a. O., Seite 341.

†) Vergleiche den Brief des Mitglieds für Kalifornien im Repräsentantenhause G. A. Hayes im „Outlook“ vom 14. Februar 1914 (Seite 340 ff.).

diese Frage in den Oststaaten gehalten, wo man anscheinend der Ansicht ist, sie auf diplomatischem Wege durch gegenseitige Zugeständnisse aus der Welt schaffen zu können, und hofft, daß sie mit der Zeit an Schärfe verlieren wird.

Hiergegen spricht jedoch, wie Professor Coolidge in einem im Frühjahr 1914 gehaltenen Vortrage über „das Rassenproblem der Vereinigten Staaten“ hervor-gehoben hat, die Erfahrung, daß sich, während auf religiösen und ähnlichen Gebieten eine immer größere Duldsamkeit eintritt, in allen Völkern die Abneigung gegen fremde Rassen immer mehr festigt. An ein Abnehmen des Hasses gegen die Japaner ist demnach gar nicht zu denken, vielmehr spricht alle Wahrscheinlichkeit dafür, daß die Abneigung gegen die gelbe Rasse immer tiefere Wurzeln schlagen und immer allgemeiner werden wird, so daß Rassenkämpfe keineswegs so außerhalb jeglicher Möglichkeit liegen, wie manche Amerikaner zu wähnen scheinen.

Denn darüber muß man sich doch klar sein, daß sich die Japanerfrage nicht so einfach entscheiden läßt, wie die Negerfrage, die, da auch sie auf der Abneigung gegen eine andersfarbige Rasse beruht, im Grunde mit dem Problem der gelben Einwanderung viel Ähnlichkeit hat. Jeder, der die amerikanischen Verhältnisse auch nur einigermaßen kennt, weiß, daß die Negerfrage noch keineswegs aus der Welt geschafft ist, mögen die Neger auch nach dem Buchstaben des Gesetzes den Weißen gleichgestellt sein. Dies beweist am besten die im Süden der Union herrschende Feindseligkeit der weißen Einwohner gegen ihre schwarzen „Mitbürger“, die ihren schärfsten Ausdruck findet in der zwar gesetzwidrigen, dennoch aber — nolens, volens — geduldeten Lynchjustiz.

Aber in einem sehr wesentlichen Punkte liegt ein Unterschied zwischen der schwarzen und gelben Frage. Während um die Behandlung der Neger in den Vereinigten Staaten niemand sich große Sorge macht, vielleicht nur dann und wann ein allzuart besaiteter Menschenfreund seine Stimme erhebt und gegen die Unwürdigkeit des Negerhasses für eine so freiheitliebende Nation wie die Amerikaner predigt, steht hinter den japanischen Einwanderern die nicht zu unterschätzende Kriegsmacht Japans. Nie und nimmer wird Japan dulden, daß seine Söhne in der Union ebenso behandelt werden wie die Schwarzen, und es wird seine ganze Macht einsetzen, um Sühne zu verlangen für jegliche Verletzung des hohen, vielleicht überspannten japanischen Ehr- und Nationalgefühls. Schon jetzt verlangt Japan die Gleichstellung seiner Landeskinder mit denen anderer Nationen und fordert, daß den Japanern unter den gleichen Bedingungen die Einwanderung gestattet werde, wie den Angehörigen der weißen Rasse. Ob die Regierung der Vereinigten Staaten diesen an sich vielleicht berechtigten Forderungen nachkommen wird, ist doch noch sehr zu bezweifeln. Ohne völlige Gleichstellung mit der weißen Rasse wird sich der Japaner aber niemals zufrieden geben. Aus politischen Rücksichten wird man vielleicht noch manchmal in Tokio nachgeben, aber diese Forderung wird immer wieder von

neuem gestellt und, wenn die politische und militärische Konstellation einmal günstig ist, mit aller Energie durchgesetzt werden. —

Ebenso wie in den Vereinigten Staaten wächst allmählich auch die anti-japanische Stimmung in den englischen Dominien von Australien und Kanada. Hierhin hatte sich der Strom der japanischen Einwanderer gewandt, als ihnen die Vereinigten Staaten verschlossen wurden. Aber nach anfänglicher Begeisterung über die billigen Arbeitskräfte erfolgte auch hier der Umschwung. Japan war also wiederum gezwungen, sich nach einem neuen Absatzgebiet für seine überschüssige Bevölkerung umzusehen; denn auf den japanischen Inseln ist die Volksziffer an der Grenze der Ernährungsmöglichkeit angelangt. Allerdings befinden sich im Hokkaido und auf Formosa menschenleere Gegenden, die an und für sich wohl geeignet wären, für einige Jahre die zur Abwanderung gezwungene Bevölkerung der japanischen Insel aufzunehmen, aber die Tatsache, daß diese Gebiete trotz jahrzehntelanger Kolonisationsarbeiten noch immer dünn bevölkert sind, beweist am besten, daß sie für die japanische Kolonisation im großen Umfange nicht geeignet sind, da, wie Rathgen\*) ausführt, einerseits Klima und Produktionsbedingungen den Japanern nicht zusagen, und da andererseits der landwirtschaftliche und industrielle Großbetrieb dort fehlt.

China ist dicht genug bevölkert und zeigt auch seinerseits einen immer stärker werdenden Geburtenüberschuß, so daß hier eine Unterbringung der überschüssigen Bevölkerung Japans ausgeschlossen ist. Korea mag allerdings noch für einige Hunderttausende japanische Kolonisten Platz haben; aber auch hier nimmt jetzt die eingeborene Bevölkerung an Fruchtbarkeit wieder zu, so daß es unwahrscheinlich ist, daß dieses Land auf Jahre für eine Kolonisation in größerem Maßstabe in Betracht kommt.

Neuerdings hat sich daher die japanische Auswanderung nach dem romanischen Amerika gewandt, insbesondere nach Peru, Chile und Brasilien\*\*), wo die japanischen Arbeiter auf den großen Kaffeepflanzungen bereits in großer Anzahl neben den Italienern arbeiten. Die japanische Regierung unterstützt diese Bewegung, indem den nach Südamerika gehenden Dampferlinien und den betreffenden Auswanderergesellschaften Prämien gezahlt werden. Daß dies alles nicht nur aus dem Grunde geschieht, den Wünschen der Regierung in Washington entgegenzukommen und den Auswandererstrom von der Küste der Vereinigten Staaten abzulenken, liegt klar auf der Hand.

Zweifellos wird Japan, wenn erst die Einwanderung lange Zeit genug gedauert hat und die japanischen „Interessen“ in Südamerika groß und wichtig genug geworden sind, mit seinen imperialistischen Plänen nicht länger hinter dem Berge halten und die Frage der Gründung eines „Shin Nihon“, eines „Neuen Japans“ auf amerikanischem Boden aufwerfen\*\*\*). Denn die schwachen

\*) Vergleiche Rathgen, a. a. O., Seite 128.

\*\*) Vergleiche Grünfeld, „Die japanische Auswanderung“, 1913, Seite 114 ff.

\*\*\*) Vergleiche Aubert: „Américains et Japonais“, 1908, Seite 279.

südamerikanischen Regierungen werden den japanischen Forderungen nicht die Macht entgegensetzen können wie die Vereinigten Staaten.

In der Masseneinwanderung der Japaner nach Südamerika liegt nun auch eine nicht zu unterschätzende Gefahr für die Vereinigten Staaten. Wie die Union den Gebietserwerb durch eine europäische Macht in Südamerika stets verhindert hat und jeglichen Gelüsten europäischer Staaten, sich eine der alltäglichen Revolutionen oder die chronische Geldverlegenheit gewisser Staaten zunutze zu machen und sich auf südamerikanischem Boden festzusetzen, auf das entschiedenste entgegengetreten ist, ebenso wird die Union ihre seit beinahe einem Jahrhundert streng durchgeführte Politik, wie sie in der Monroe-Doktrin zum Ausdruck gelangt ist, auch Japan gegenüber verfolgen. Die Vereinigten Staaten werden und müssen verhindern, daß die Träume der japanischen Imperialisten von einem „Shin Nihon“ sich in Südamerika verwirklichen, daß Japan sich in Südamerika das für ihn notwendige Kolonisationsgebiet zur Unterbringung und Ernährung seines reichen Menschenmaterials schafft, das schon heute einen jährlichen Zuwachs von 700 000 Seelen zu verzeichnen hat und in Zukunft aller Wahrscheinlichkeit nach einen noch größeren jährlichen Zuwachs aufweisen wird. Auch hierin liegt also die nahe Möglichkeit eines Zusammenstoßes zwischen den Vereinigten Staaten und Japan; denn derartige Fragen lassen sich nicht durch Verträge und schöne Worte regeln.

Wir wollen an dieser Stelle nicht untersuchen, ob die Gerüchte auf Wahrheit beruhen, die des öfteren die Luft durchschwirren, daß Japan den Ankauf einer Kohlenstation an der mexikanischen Küste beabsichtige, und daß Japan die indirekte Triebfeder zu den zahlreichen Bürgerkriegen Mexikos in den letzten Jahren gewesen ist, um besser und leichter im Trüben fischen zu können. Es scheint aber so, als ob man in Washington selbst doch nicht so recht an das völlige „Désintéressement“ Japans glaubt, und aus diesem Grunde jetzt eine endgültige Regelung der mexikanischen Frage herbeiführen will, nicht nur etwa, um die großen amerikanischen Handelsinteressen im südlichen Nachbarstaate zu schützen und zu fördern, sondern zweifellos auch, um dort eine Regierung einzusetzen, die den wohlwollenden Fingerzeigen des „großen Bruders“ in Washington Folge leistet, und die imstande und gewillt ist, jeglichen Gelüsten anderer Staaten auf mexikanisches Gebiet mit aller Macht entgegenzutreten.

Erst kürzlich erklärte der Senator von Illinois, Lewis, in Washington, daß wegen der mexikanischen Frage ein Krieg zwischen den Vereinigten Staaten und Japan vor der Tür stehe und bei der weiteren Verfolgung der amerikanischen Politik Mexiko gegenüber zum Ausbruch kommen müsse. Wir glauben jedoch nicht, daß die mexikanische Frage — jetzt wenigstens noch nicht — der Funke sein wird, der das amerikanisch-japanische Pulverfaß zur Explosion bringen wird. Die Äußerung des Senators beweist jedoch, daß man auch in den mehr östlichen Staaten der Union an einen „ewigen Frieden“ mit Japan nicht mehr so recht glaubt.

## III.

Wir glauben gezeigt zu haben, daß die beiden oben behandelten Fragen von größter Bedeutung sein werden für die künftige Gestaltung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Japan. Aber diese beiden Fragen bilden nur gleichsam die Eckpfeiler des weit größeren Problems, das wir hier in aller Kürze streifen wollen, nämlich der Frage: soll die weiße oder die gelbe Rasse im Stillen Ozean die Vorherrschaft haben?

Bedeutende amerikanische Gelehrte, wie Münsterberg\*) und Coolidge\*\*) haben diesen Kampf um die Vorherrschaft im Stillen Ozean als leere Redensart bezeichnet, die eigentlich gar nichts bedeute. Hierbei scheint uns aber der Wunsch der Vater des Gedankens zu sein, denn man wird in Amerika kaum die Augen verschließen können vor den Tatsachen, die — besonders in den letzten Jahren — eine allzudeutliche Sprache sprechen. Gibt doch Coolidge\*\*\*) selbst zu, daß der Stille Ozean für die Vereinigten Staaten von außerordentlicher Wichtigkeit ist, und daß „jährlich . . . die dortigen Begebenheiten für das amerikanische Volk wichtiger“ werden. Kurz darauf stellt er dann fest: „Für Japan bedeutet aber das Stille Meer Anfang und Ende seiner Politik.“ Gewiß: „Raum für alle hat die Erde;“ aber glaubt denn Coolidge wirklich, daß ein friedliches Nebeneinanderarbeiten der beiden imperialistischen Tendenzen verfolgenden Weltmächte im Stillen Ozean auf die Dauer möglich sein wird? Wohl kaum; denn die neuesten Ereignisse der Weltgeschichte lehren — wenn es die Vergangenheit nicht schon zur Genüge bewiesen haben sollte —, daß auch der friedliche Wettbewerb zweier Völker auf dem Felde des Weltmarktes seine schließliche Lösung im Kampfe mit den Waffen findet. Denn, wie das Sprichwort sagt: „Wo der Bäcker wohnt, kann der Schneider nicht wohnen,“ und wie im Leben des einzelnen, so ist es auch im Leben der Völker. Einer von beiden muß schließlich weichen. Keine emporstrebende, kräftige Nation aber — und als solche kann man doch beide, die Vereinigten Staaten sowohl wie Japan, bezeichnen — wird freiwillig den Kampfplatz verlassen, mag sie auch noch so friedliebend sein, wenn sie weiß, daß die Behauptung des Feldes für sie ein Lebensinteresse ist.

Der Kauf von Alaska (1868), die Annexion von Hawaii (1898), der Erwerb der Philippinen und der Insel Guam in den Mariannen (im Frieden von Paris 1898), die Erwerbung der Insel Tutuila in der Samoa-Gruppe durch Vertrag mit Deutschland und Großbritannien (1899), sowie nicht zum wenigsten das Riesengerüst des Panamakanals beweisen zur Genüge das Interesse der Vereinigten Staaten im Stillen Ozean.

Schon der Staatssekretär William H. Seward, dem auch das Hauptverdienst an der Erwerbung Alaskas gebührt, hat in den sechziger Jahren darauf hin-

\*) Münsterberg: „Die Amerikaner,“ 1912, Band I, Seite 345.

\*\*) Coolidge: a. a. O., Seite 354.

\*\*\*) Coolidge: a. a. O., Seite 328.

gewiesen, daß der Stille Ozean mit seinen Küsten und Inseln der Schauplatz sein wird, auf dem sich die großen Ereignisse des zwanzigsten Jahrhunderts abspielen werden; und wenn nicht alle Erfahrungen trügen, scheinen die Nordamerikaner auf diesem Schauplatze der Weltgeschichte die Hauptrolle spielen zu wollen\*).

Aber auch Japan hat sein „maritimes und pazifisches Programm“, das sein „Shin Nihon“ durch „den Zug nach Süden“, das heißt nach den Inseln und Inselchen des Stillen Ozeans zu finden sucht\*\*). Der frühere japanische Minister Baron Kaneko\*\*\*) hat unumwunden erklärt: „Wir besitzen . . . alle möglichen Eigenschaften, um unser Land zu einer großen Nation zu erheben und uns das kommerzielle Übergewicht auf dem Stillen Ozean und dem asiatischen Festlande zu sichern.“ In dieser Erklärung kommen die Ziele des japanischen Imperialismus klar zum Ausdruck: es ist die wirtschaftliche Durchdringung — die zur Genüge bekannte „Pénétration pacifique“ — Chinas und des Stillen Ozean als Vorbereitung für die spätere politische. Denn diese ist, wie Chamberlain in den achtziger Jahren einmal hinsichtlich Kanadas Stellung zu den Vereinigten Staaten gesagt hat, die regelmäßige, früher oder später eintretende Folge der wirtschaftlichen Durchdringung.

Hier im Stillen Ozean kreuzen sich die — sagen wir zunächst, wirtschaftlichen Interessen der Vereinigten Staaten und Japans, hier liegt der Punkt, wo die imperialistischen Tendenzen der beiden Staaten zusammenstoßen müssen, wenn keine von ihnen ihre transpazifischen Träume aufgibt†).

Die Gefahr eines Kampfes um den Stillen Ozean läßt sich also nicht hinwegleugnen, mag man auch noch so oft erklären, daß der Große Ozean genügend Raum biete für die wirtschaftliche Entwicklung aller Nationen und nicht einer einzigen Nation gehören könne††). —

Wie wird sich nun dieses Verhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und Japan nach dem Weltkriege gestalten? Welche Wirkungen wird die Teilnahme der gelben Weltmacht an diesem Kriege auf die oben behandelten Fragen ausüben?

Auf eine Besserung der Beziehungen ist wohl kaum zu rechnen; viel eher werden die verschiedenen Gegensätze zwischen den beiden Staaten noch stärker werden.

Wir haben bereits auf die Eroberung von Kiautschau hingewiesen, sowie auf die voraussichtlich dauernde Festsetzung Japans in der Provinz Schantung. Wie sich die Verhältnisse beim Friedensschluß gestalten werden, weiß heute kein

\*) Vergleiche Daenell: Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika, Seite 163.

\*\*\*) Vergleiche Kjellén: „Die Großmächte der Gegenwart“, 1914, Seite 195.

\*\*\*\*) Kaneko: „Organisation eines konstitutionellen Staates“ (in Stead: „Unser Vaterland Japan“, 1904), Seite 28.

†) Vergleiche Aubert: a. a. O., Seite 288 — vergleiche auch Kjellén: a. a. O., Seite 196.

††) Vergleiche Coolidge: a. a. O., Seite 314.

Mensch; nur soviel kann man wohl mit Bestimmtheit voraussagen, daß auch Japan auf dem Friedenskongresse seine Rechnung präsentieren und seine Ansprüche zum Teil wenigstens auch durchsetzen wird. Zu diesen wird aber in erster Linie die Abtretung von Kiautschau oder, falls dieses — wie wir hoffen — an Deutschland zurückgegeben wird, die Überlassung irgendeines anderen Stückes von China gehören. Der hierdurch entstehenden Gefahren für China und der notwendigerweise aus der Besetzung folgenden Gefährdung der amerikanischen Interessen ist bereits oben gedacht worden.

Daß die Einwanderungsfrage nach dem Kriege leichter zu lösen sein wird, läßt sich mit Fug und Recht bezweifeln. Durch den schändlichen Verrat Englands an der weißen Rasse und durch die dringenden Hilferufe um Japans Unterstützung auf den europäischen Schlachtfeldern von seiten der Verbündeten wird das schon ohnehin starke Selbstbewußtsein und Nationalgefühl der Japaner in bedeutendem Maße noch erhöht werden. Die Folgen der Erkenntnis von den Schwächen der weißen Rasse werden aber auch in der Haltung Japans in der Einwandererfrage den Vereinigten Staaten gegenüber bald zutage treten. Mit größerer Schärfe wird die japanische Regierung nach dem Kriege die Gleichstellung der japanischen Einwanderer mit denen anderer Länder fordern und nicht ruhen, bis dem durch die Zurücksetzung aufs tiefste verletzten japanischen Stolze volle Genugtuung verschafft ist.

Wie wollen die Amerikaner die Rassenfrage dann lösen? Weder ein internationales Schiedsgericht noch ein nationaler Gerichtshof irgendeines Landes ist imstande, eine derartige Frage zu lösen, wenn zwei große und mächtige Staaten als Vertreter der beiden Rassen auftreten.

Von ganz besonderer Bedeutung aber ist die Besetzung der deutschen Südseeinseln durch die Japaner. Durch die Besetzung der Mariannen, Karolinen- und Marshall-Inseln ist Japan Amerika bedeutend näher gerückt, näher, als es den Amerikanern lieb sein kann. Zugleich aber ist es die erste Festsetzung der gelben Weltmacht in der Südsee, die erste Etappe auf dem Wege nach dem amerikanischen Erdteil.

Die sich hieraus für die Vereinigten Staaten ergebenden Gefahren scheint man auch in Washington allmählich einzusehen und richtiger einzuschätzen, als dies bisher der Fall war.

Bis in die neueste Zeit glaubte man sich vor Japan ziemlich sicher. Man wies auf die alte Freundschaft der beiden Länder hin, auf die engen Handelsbeziehungen und vor allem auf die Dankbarkeit, die die Japaner ihren Lehrern, den Amerikanern schuldeten. Alljährlich kamen hunderte japanischer Studenten nach den Vereinigten Staaten, um an den dortigen Universitäten und Schulen amerikanische Wissenschaft und amerikanischen Geist in sich aufzunehmen. Auch erwähnt man mit Vorliebe die Festreden großer japanischer Persönlichkeiten auf Kongressen und Banketten, die man in der Union ihnen zu Ehren veranstaltete. Danach scheint es allerdings, als ob es keine besseren Freunde geben

könne als die Vereinigten Staaten und Japan. Aber die Medaille hat auch eine Rehrseite.

Mit der traditionellen Freundschaft ist es nicht mehr so weit her, als man sich gerne glauben machen möchte. Sie hat einen tiefen Riß erhalten, einen Riß, der nicht beseitigt werden konnte, obwohl bereits ein Jahrzehnt seitdem verfloßen ist. Dies geschah durch die Haltung Amerikas bei den Friedensverhandlungen in Portsmouth im Jahre 1905. Mögen die japanischen Anschuldigungen, daß die Vereinigten Staaten das japanische Volk um die mit Sicherheit erwartete russische Kriegsschädigung gebracht haben, wahr sein oder nicht, jedenfalls ist es Tatsache, daß seit jenen Tagen in den amerikanisch-japanischen Beziehungen eine starke Trübung herrscht, über die man sich trotz Banketten und Verbrüderungsfeften nicht hinwegtäuschen kann.

In diesem Punkte besteht eine gewisse Ähnlichkeit mit dem Verhältnis Japans zu Rußland und Deutschland. Auch in den freundschaftlichen Beziehungen zu diesen Ländern hat ihr Eingreifen auf dem Friedensschlusse von Shimonoseki 1895 eine Wendung zum schlechten zur Folge gehabt: mit Rußland hat Japan 1904/05 abgerechnet, an Deutschland hat es sich 1914/15 durch die Teilnahme am Weltkriege gerächt. Auch der Tag der Abrechnung mit den Vereinigten Staaten für ihre Intervention im Jahre 1905 wird kommen, vielleicht, um die Feststellung Niegelsbergers\*) zu vervollständigen, daß Japan in der letzten Zeit alle zehn Jahre einen Krieg führt, im Jahre 1924/25.

Wie lange es noch gelingt, die endgültige Lösung hinauszuschieben, ist natürlich nicht vorauszusagen; es können zehn, dreißig, fünfzig und mehr Jahre darüber ins Land gehen, es kann aber ebensogut bereits in der nächsten Zeit zur Entscheidung kommen. Voraussichtlich aber wird ein wirtschaftlicher Kampf zwischen den Vereinigten Staaten und Japan vorausgehen, der schließlich — ähnlich dem deutsch-englischen Konkurrenzkampfe — zum politischen Konflikt ausreifen wird. Wenn die Zeit dann reif ist, werden sich genügend Gründe finden, die den Bruch herbeiführen; an Kriegsvorwänden hat es in der Weltgeschichte ja noch niemals gefehlt.

Jedenfalls wird dieser Krieg früher oder später ausbrechen, denn die amerikanisch-japanische Frage bildet — wie wir in kurzen Umrissen gezeigt zu haben glauben — gleichsam einen gordischen Knoten, der nur durch das Schwert gelöst werden kann. Ob der „Alexander“, der diesen Knoten lösen wird, ein Amerikaner oder ein Japaner sein wird, ist natürlich heute noch völlig ungewiß. Zweifellos sind die Amerikaner ein sehr friedliebendes Volk, und ihre Verdienste um das Werk der Haager Konferenzen sind zur Genüge bekannt. Aber „es kann kein Mensch im Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt“. Die Wahrheit dieses Sprichwortes werden auch die Amerikaner bald erkennen, und sie werden keinen

\*) Niegelsberger: a. a. O., Seite 85.

Augenblick zögern, wenn ein anderer Ausweg nicht mehr vorhanden ist, ihre Interessen mit dem Schwerte in der Hand aufs äußerste zu verteidigen; denn noch ist die Friedensliebe der Amerikaner nicht zur „Friedenskrankheit“ ausgeartet, und sie wissen wohl, daß es für ein Volk nichts Schlimmeres und Gefährlicheres gibt, als „peace-at-any-price-men“ zu sein, wie dies Roosevelt einmal ausgedrückt hat, das heißt den Frieden zu erhalten, selbst wenn das Land darüber zugrunde zu gehen droht.

Die eifrigen Rüstungen zu Lande und zu Wasser, die jetzt ins Werk gesetzt werden, lassen erkennen, daß die Vereinigten Staaten bereit sind, ihre Interessen gegebenenfalls mit den Waffen zu verteidigen. Daß diese Vorbereitungen in erster Linie gegen den Nachbarn jenseits des Stillen Ozeans gerichtet sind, geht aus den Kommissionsreden in den gesetzgebenden Körperschaften, sowie aus den zahlreichen Zeitungs- und Zeitschriftenartikeln hervorragender Männer über die Rüstungsfrage hervor. Sie alle stimmen darin überein, daß der von Deutschland stets durchgeführte Grundsatz allein richtig sei:

„Si vis pacem, para bellum.“

